

Dr. Henning Voscherau

1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

**Rede zum 3. EuropaAbend
des AGA Unternehmensverbandes**

„Deutschlands Platz in Europa -
Politische und wirtschaftliche Aspekte“

20. August 1992

Rede von Herrn Dr. Henning Voscherau

Herr Präses, Herr Parlamentarischer Staatssekretär Funke,
meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

der Groß- und Außenhandel ist für unsere traditionsreiche Stadt an der Wasserkante mit internationalen Beziehungen und ihrer starken Dominanz von Handel und Dienstleistungen unverändert ein außergewöhnlich wichtiger Sektor. Wenngleich richtig ist, was mein Vorgänger Klaus von Dohnanyi in der berühmten Überseeclub-Rede festgestellt hat, allein daran, allein an Handel und Wandel, hängt die Stadt nicht mehr. Eine positive Modernisierung und Anreicherung unserer Wirtschaftsstruktur um einen hochmodernen, ich hoffe auch, Herr Präses, hochprofitablen industriellen Sektor, um alle modernen Dienstleistungen, die mit Handel und Wandel weniger zu tun haben. Aber dann eben auch unverändert der Handel, der Groß- und Außenhandel in dieser Stadt, nunmehr mit all seinen neuen Möglichkeiten im Schnittpunkt in Nordeuropa zwischen Ost und West, zwischen Skandinavien und dem Rest der EG, zwischen dem früheren COMECON und Westeuropa, an der Schnittstelle zu unseren internationalen Handelspartnern, die Hamburg als Einfallstor in nunmehr alle drei europäischen Marktregionen benutzen. Stärker übrigens benutzen, als bisher unter dem Zeichen der europäischen Teilung, als bisher in unserer, sagen wir es rückwirkend doch ehrlich, Randlage nur 30 Kilometer westlich des Eisernen Vorhangs und stärker auch als bisher im Rahmen ihrer Wertschätzung der Rheinschiene, denn jeder der Europa kennt, zugegebenermaßen noch nicht alle unserer internationalen

Handelspartner haben die neue politische und ökonomische Landkarte bis ins Innerste analysiert, da kann man übrigens gemeinsam international unverändert Nachhilfe leisten und sollte das als guter Verkäufer dieser Stadt auch intensiv tun, ich bin sicher, Sie tun das alle, so wie der Senat auch. Aber dennoch ist es so, daß diese neue ökonomische und politische geographische Landkarte Europas zweifellos der Region Elbe-Havel-Moldau und damit auch unserer Stadt sehr stark nützt. Und damit Ihnen allen.

Meine Damen und Herren, trotzdem weiß ich nicht recht, ob ich mich nicht ein wenig bei Ihnen entschuldigen muß, daß ich vor, darf ich sagen meinem Freunde Helmut Schmidt, der hier als der eigentliche Festredner engagiert ist, nun auch mich habe engagieren lassen für ein kurzes Grußwort. Ist es doch so, daß seine und meine grundsätzlichen politischen Auffassungen sich allenfalls um Nuancen unterscheiden und ich im Rahmen dieses Grußwortes auch nicht den Ehrgeiz entwickeln kann, besonders kluge Dinge zu sagen, die seine Ausführungen nicht auch zu Gehör bringen könnten. Deswegen und da Herr Präsident Plambeck da ist, benutze ich eine jüngste Berichterstattung aus Bonn zu einer zusätzlichen Begründung, in Wahrheit, vorsorglich weitsichtig, wie es meine Art ist, bin ich hier aus Wahlkampfgründen. Denn da das Bundesschiedsgericht einer großen deutschen Volkspartei, einige Hamburgensien als Akklamationen bezeichnend, Rechtswidrigkeiten festgestellt hat und dieserhalb die Betreiber des Bundesschiedsverfahrens noch immer im Rahmen des gesetzlichen Wahlanfechtungsverfahrens anhängig sind, nämlich bei dem Hamburgischen Verfassungsgericht, wird dasselbe

ja erst noch zu entscheiden haben, welche rechtlichen Schlußfolgerungen es aus der zufälligen Koinzidenz eines innerparteilichen und eines parallelen staatlichen Verfahrens abzuleiten gedenkt. Und dieselbe Sache ist übrigens auch in Karlsruhe anhängig, allerdings bezogen auf die Bundestagsnominierung dieser großen Volkspartei. Wolle also der Herr Präsident, Verfassungsgerichtsbarkeit hat auch etwas Voluntatives an sich, so mag es vielleicht sein, daß das Gericht irgendwann an den Tag tritt und sagt, Jungs in drei Monaten sind Wahlen. Sie werden mir nicht verargen, wenn ich aussage, es wäre mir nicht besonders lieb. Aber ich darf hinzufügen, nachdem Sie alle und die Hamburger Wirtschaft voriges Jahr doch gelegentlich hat durchschimmern lassen, so schlecht hätte ich es nicht gemacht, sollte ich vielleicht vorsorglich das Saatkorn hier schon einmal wieder eineggen. Ob allerdings der Herr Präsident in diesem Sinne mit seinem Kollegen vorgehen mag, das zu diskutieren verbietet der Respekt vor dem Hohen Gericht.

Nun komme ich also zurück auf Sie alle. Groß- und Außenhandel, der hamburgische Handel als eine tragfähige Säule von Wertschöpfung, Steuerkraft, Beschäftigung, Ruf und Ansehen dieser Stadt, aber auch Ausstrahlung in den gesamten norddeutschen und nordeuropäischen Raum. Groß- und Außenhandel, Handel und Wandel sind dieserhalb unverändert. Das möge mir Herr Präses Ascherl als ein Industrieller nachsehen, was das Selbstverständnis und den internationalen Ruf, die Einschätzung dieser Stadt betrifft, ein sehr starkes, vielleicht kann man sagen, ein überproportional starkes Pfund und die Stadt ist entschlossen, damit zu wuchern. Ich selbst allerdings denke, daß die

wachsende Wirtschaftskraft der Stadt, daß das Bevölkerungswachstum der Stadt durch Zuwanderungen ungesteuerter Art und durch die unsteuerbare innerdeutsche regionale Verteilung des jährlichen Zuwanderungsaufkommens sehr bald in manche Schwierigkeiten, insbesondere in Flächenkonkurrenzen geraten könnte. Und anders als mein bremischer Kollege, über den wir am Tisch eben gesprochen haben, und über die bremische Sturheit, die hansestädtische Eigenstaatlichkeit hochzuhalten bis zum letzten Blutstropfen, möchte ich gern meine persönliche Überzeugung, die sicherlich im Senat von vielen geteilt wird, zum Ausdruck bringen dürfen, daß angesichts dieses Wachstumsschubs und angesichts der damit verbundenen zugespitzten Bedarfe in der Stadtentwicklungspolitik die Stadt versuchen muß, im Rahmen des Verfassungsprozesses, der gegenwärtig in Bonn läuft, die Voraussetzungen dafür herzustellen, daß wir diese einschnürenden stadtstaatlichen Grenzen überspringen, durchbrechen können, vielleicht gar, wenn eine entsprechende Aktualisierung der Finanzverfassung und des Artikels 29, der das alles verhindert, gelingen könnte, *horribile dictu*, nach 800 Jahren zur Bildung einer neuen staatlichen Organisation im norddeutschen Raum führen könnte.

Ich denke, daß dies nicht bedeutet, Traditionen der hanseatischen Stadt zu verraten, jedenfalls dann nicht, wenn richtig ist, der Satz, den Sie alle kennen, mit der Flamme statt der Asche, die es zu bewahren gelte. Sondern ich denke, daß in heutiger Zeit, in der ganz eindeutig die engen stadtstaatlichen Grenzen negative Rückwirkungen, übrigens nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Entwicklung der städtischen,

städtebaulichen und sozialen Strukturen, auch der finanzpolitischen Situation hat, daß es der Tradition, der Weitsicht unserer Stadt entspricht, sich nicht an der Formalie Reichsunmittelbarkeit, nunmehr Bundesunmittelbarkeit, festzuhalten, sondern diejenige Struktur anzusteuern, die dem Blühen der Stadt, will sagen des privaten Sektors der Stadt, am besten dient. Das ist wahrer hanseatischer, will auch sagen, hanseatischer Kaufmannsgeist.

Dies zu sagen heißt gleichzeitig zu beklagen, daß eine solche Erwägung des Zusammenschlusses, da muß man ganz klar und offen miteinander sein, gegenwärtig an den Strukturen des Grundgesetzes scheitert. Weder sind die prozeduralen Voraussetzungen für so etwas so leicht, das man sie realistisch überspringen könnte. Das muß geändert werden nach dem Strickmuster Einigungsvertrag, Berlin-Brandenburg, bilaterale, freiwillige Zusammenschlüsse dürfen sein. Noch ist es so, daß die Spezifika der Finanzverfassung es einem Stadtstaat ermöglichen, aus diesem Status überzuwechseln in einen, sei es auch noch so kleinen, Flächenstaat. Denn eine Finanzverfassung, die eine solche Strukturveränderung pönalisiert durch den Entzug von Mitteln auf der Einnahmeseite im hamburgischen Fall von jährlich mehr als 1 Milliarde Mark, die ist nicht sachgerecht, sie ist auch nicht bundesfreundlich im Sinne von gesamtstaatfreundlich - sie ist blödsinnig. Und deswegen muß auch sie geändert werden. Dies übrigens, das füge ich zum Beleg an, ist auch inzwischen hochgekommen als Senfkorn in die einigungsstaatsvertragliche Option Berlin-Brandenburg, denn Herr Diepgen hat das neulich

kommentiert, indem er gesagt hat, wir würden schon gern wollen, aber gehen tun müßte es schon auf der finanziellen Seite, kostet uns allzuviel Geld, geht es dann nicht. Selbe Gründe. Gelingt das nicht in baldiger Zeit, dann, fürchte ich, wird die kommunalpolitische und landespolitische Lösbarkeit der Zuspitzungen von Wachstumsproblemen zu Schanden kommen, und zwar zu Schanden und zu Lasten auch aller Bürgerschaftsparteien, denn das gesamte demonkratisch-politische Spektrum wird dann diskreditiert werden, weil es ja nichts zuwege bringe, was anständig Lösungswege über die Grenzen hinweg bündelt. Und deswegen denke ich schon, daß das einer einheitlichen Anstrengung zugeführt werden sollte und bitte, Sie alle hier, also außerhalb des engeren Kreises der Politik, um sachgerechte Analyse und auch um Unterstützung.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, noch etwas, was mit Ihrem engeren wirtschaftlichen Sektor nicht unmittelbar zu tun hat, aber als eine Apropos-Anmerkung mir gestattet sein möge. Die Zuspitzung der Wachstumsprobleme in den deutschen Städten, ganz besonders in dieser attraktiven Stadt, relativ nah an dem früheren Osten, hinter dem Eisernen Vorhang, liegt natürlich auch an der Unsteuerbarkeit der Zuwanderungsprobleme, die Deutschland gegenwärtig hat. Deutschland als das östlichste westliche Land in Europa, bei dem, wie Österreich, alles anbrandet. Deswegen brauchen wir ein einwandererfreundliches, zufluchtsfreundliches, aber trotzdem die Zuwanderung gestaltendes neues Instrumentarium, das Unlösbares politisch lösbar macht. Also ein Instrumentarium, das mißbräuchliche Einreisen über den Frankfurter Flughafen auf der tatsächlichen Ebene

ebenso lösbar macht, wie die Zuwanderung über grüne oder nasse Grenzen im Osten und Südosten der Bundesrepublik. Ein Instrumentarium, das die regionale Unterbringung und die regionale Behandlung der Einzelfälle gestaltbar macht und ein Instrumentarium, das in vollständiger Übereinstimmung mit der europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention als zwei in Artikel 16 des Grundgesetzes zu inkorporierende völkerrechtlich geltende Grundlagen, die gegenwärtige Absolutheit des Artikels 16 sowie die formalistisch bürokratisch auf den rechtstaatlichen Hund gekommene mißbräuchliche Ausnutzung der Gerichtsbarkeit Lösungen zuführt und deswegen bin ich für eine Ergänzung des Artikels 16, indem man sagt, politisch Verfolgte genießen Asylrecht - das steht da jetzt auch -, aber ergänzt, nach Maßgabe dieser beiden Konventionen Asylrecht und indem man weiter sagt, als Gesetzesvorbehalt, und in Ergänzung des Artikel 19, daß die Entscheidung über den Status als politisch Verfolgter in Entsprechung zu Artikel 10 des Grundgesetzes durch Kommissionen wie in anderen europäischen Nachbarländern auch und nicht durch Gott weiß wie viele Instanzen und besetzte Kammern und Senate durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit erfolgen muß. Dies würde wirklich ermöglichen, echt Verfolgte schnell aufzunehmen und fälschlich Behauptende schnell abzuschieben. Es würde Zuflucht real gewährleisten und würde die soziale und die demokratische Destabilisierung, die Zuspitzung von provozierender Armut in Reichtums- und Wohlstandsregionen endlich wieder lösbar machen. Nicht also rede ich das Wort einer isolierten Ersatzauseinandersetzung über Artikel 16, wohl aber der Einbeziehung dieses Themas in ein Gesamtkonzept, das auch die Lösung tatsächlicher

Probleme, nicht nur solcher des Gesetzblatts und der Verfassung, einbezieht und uns ermöglicht, nach demokratischer Entscheidung den jährlichen Zustrom von Einwanderungswilligen politisch gestaltbar zu machen. Dies halte ich für das Gebot des Jahres 92 und 93, und ich hoffe sehr, daß viele über ihren Schatten springen und das möglich machen. Gelingt das nicht, werden wir erleben, eine Art, wenn Sie das Wort bitte nicht mißverstehen, als einen Hinweis auf eine blanke abziehbildhafte Wiederholung geschichtlicher Abläufe, so ist es nicht gemeint. Eine Art Weimarisierung der Bonner Demokratie in den nächsten 8 bis 12 Jahren. Und das möchte ich gerne nicht miterleben. Die meisten von Ihnen wahrscheinlich auch nicht oder alle, will ich hoffen. Dies ist meine Auffassung zu diesen brennenden Problemen und da ich annehme, daß Helmut Schmidt über ganz anderes spricht, habe ich mir kurz vor Toresschluß überlegt, dazu etwas zu sagen, statt in etwa dasselbe was er gleich sagen wird. Danke.